

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 5. Dezember 2019 / Jeudi matin, 5 décembre 2019

Volkswirtschaftsdirektion / Direction de l'économie publique

73 2019.VOL.38 Kreditgeschäft GR
**Direktionsreform, UDR, Phase II – Implementierungskosten. Ausgabenbewilligung; Objekt-
kredit 2019–2021**

73 2019.VOL.38 Affaire de crédit GC
**Réforme des Directions, RDir, phase II – coûts de mise en œuvre. Autorisation de dépenses ;
crédit d'objet 2019-2021**

Präsident. Ich gebe als Nächstes, für das Traktandum 73, Carlos Reinhard das Wort.

Carlos Reinhard, Thun (FDP), Kommissionssprecher der SAK. Ich darf in dem Fall stolz sein, dass mir so viele zuhören wollen und nicht dem Gipfeli nachrennen. Es geht hier um einen Kreditantrag für eine beschlossene Direktionsreform, welche wir hier schon einige Male behandelt haben. Die SAK und der Regierungsrat beantragen Ihnen, die Kreditsumme anzunehmen. Es geht hier um total rund 5,38 Mio. Franken. Die Hälfte hat man in diesem Jahr bereits ausgegeben. Dies hat man leider im Voranschlag 2019 nicht budgetieren können, weil das Geschäft ja mehrheitlich in diesem Jahr behandelt wurde und der Beschluss gefällt wurde. Wir haben dies hier drin – wie gesagt – schon mehrmals behandelt. Jetzt geht es darum, für das, was wir beschlossen von dieser Reform haben, die nötigen Kredite zu sprechen, um die Kosten bezahlen zu können. Es kann jetzt also nicht sein, werte Kolleginnen und werte Kollegen, dass wir einem Kind ein Eis versprechen und jetzt vor dem Eisstand Nein sagen.

Aber trotzdem haben wir den Antrag in der SAK noch einmal ganz klar überprüft, sehr genau. Ich möchte stellvertretend für einige Fragen, die wir gestellt haben, eine herausnehmen, welche auch Ihnen aufgefallen ist. Im Antrag, der Ihnen ausgeteilt wurde, wurde das Wort «E-Mails» etwa dreimal erwähnt. Es geht nicht, dass diese mehrere Positionen dieser E-Mails dreimal die gleichen Kosten sind, sondern es hat damit zu tun, dass es manchmal zum einen um persönliche E-Mailadressen ging und zum andern auch um die Systemmailadresse. Es geht dabei auch um Anpassungen bei Applikationen. Einige Ausgaben, die jetzt gemacht werden, haben keinen direkten Bezug zur Direktionsreform. Man löst sie aber jetzt trotzdem aus, obwohl sie vielleicht erst in Zukunft nötig gewesen wären. Ich denke dabei zum Beispiel an die Anpassung der Homepage. Immer wenn bei dieser Direktionsreform Synergienmöglichkeiten vorhanden waren, hat man diese vorgezogen, damit man diese Synergienutzungen machen konnte. Eine weitere Ausgabenposition ist auch, dass es durch die Abteilungsverschiebungen zu Umzügen von Arbeitsplätzen kommt. Aus diesem Grund beantragen wir von der Kommission, und zwar einstimmig, diesem Kredit zuzustimmen. Es wurde auch in dieser Session schon oft gesagt: «Wer A sagt, muss auch B sagen».

Ich möchte allen Personen danken, die an diesem Projekt mitgearbeitet haben, auch geht ein grosser Dank an die Leute, welche jetzt vor einer Veränderung stehen, dafür, dass sie in einer neuen Direktion tätig sind oder weil sie ihren gewohnten Arbeitsplatz jetzt verlassen müssen. Ebenfalls möchte ich mich beim Gesamtregierungsrat bedanken, welcher in der Kommission jederzeit wohlwollend und offen informiert hat. Sollte es zu einer Debatte kommen, könnte ich hier schon die Haltung der FDP mitgeben: Die FDP unterstützt diesen Kreditantrag.

Präsident. Besten Dank dem Kommissionssprecher. Das Mikrofon ist offen für Fraktionssprechende. Ich gebe als Erstes Walter Schilt für die SVP das Wort.

Walter Schilt, Utzigen (SVP). Wenn man etwas verbessern kann, dann sollte man es immer tun. Die SVP-Fraktion, dies ist ja die Fraktion aus der Mitte (*Der Redner weist zu den Rängen der SVP. / L'orateur indique les rangs de l'UDC.*), begrüsst jede Bemühung, mit welcher vor allem auf Regierungs- und Direktionsebene die politischen Aufgaben und Gewichtungen gleichmässiger verteilt,

Abläufe und Arbeitsprozesse vereinfacht und schlussendlich mit nicht mehr Aufwand Effizienz und Qualität gesteigert werden können. Herzlichen Dank der Regierung. Vorneweg, die Fraktion aus der Mitte stimmt diesem Objektkredit zu.

Und trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, und vor allem, sehr geehrter Herr Regierungsrat: Wenn ich in meiner Gemeinde an der Gemeindeversammlung mit einem solchen Geschäft beim Souverän auftauche, gibt es arg Schelte und Belehrungen und im schlechtesten Fall eine Ablehnung. Warum? – Wenn das Geld, ein Teil des Kredits, schon ausgegeben ist, bevor er genehmigt ist, haben wir irgendwie an einem Ort beim Ablauf ein Problem. Wenn sich der Regierungsrat beziehungsweise die zuständigen Personen vorgängig, also bevor das Projekt – im aktuellen Fall ist es nun das Projekt Umsetzung Direktionsreform (UDR) – gestartet wird, vielleicht, schön wäre ein institutionalisierter Termin- und Vorgehensplan zu einem möglichen Prozessablauf bedienen würden, käme es wahrscheinlich nicht vor, dass ein schöner Teil des Geldes eben schon ausgegeben wurde, wenn man den Kredit holen will. Dies ist ein bisschen ein Fleck im Reinheft und vor allem bei einem Betrag notabene, bei welchem das Volumen in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Wir von der SVP vertrauen darauf, dass der Betrag dann auch wirklich ausreicht. Mit der Möglichkeit eines schlaue aufgebauten, durchdachten Termin- und Vorgehensplans, der mit jeder Investition automatisch erstellt werden müsste, liesse sich möglicherweise auch eine verlässliche Geschäftskontrolle und je nach dem auch eine Zielüberprüfung machen. Möglicherweise, und davon bin ich eigentlich überzeugt, könnte man in dieser Angelegenheit mit einem Rezept der Gemeinde Vechigen Fortschritte in den Prozessabläufen erzielen. Ein Organisationshandbuch könnte solche Patzer – Geld ausgeben, bevor es bewilligt ist – vermeiden. Ein Versuch wäre es allemal wert, selbst wenn es eine Idee aus der Gemeinde Vechigen ist. Wir stimmen diesem Kredit zu. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, und Vechigen hilft gerne.

Präsident. Hat sonst noch jemand ein Entwicklungshilfe-Angebot? (*Heiterkeit / Hilarité*) – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann gebe ich dem Volkswirtschaftsdirektor das Wort.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Ich habe den Eindruck, dass der Fraktionssprecher der SVP während den Beratungen dieses Geschäfts in der letzten Session nicht immer anwesend war, sonst wäre er nicht zu solchen Empfehlungen gekommen. Ich rufe kurz in Erinnerung, wie und wann das Geschäft hier beraten wurde und wovon das Parlament bei Entscheiden, welche gefällt wurden, Kenntnis hatte.

Die Regierung startete im November 2016 mit dem Projekt UDR. Damals beschloss man, das Projekt in zwei Phasen abzuwickeln. In der ersten Phase ging es darum, dass man den Handlungsbedarf für eine Direktionsreform prüfte, einen Reformvorschlag ausarbeitete und damit eigentlich den Auftrag der Motion Luginbühl (*M 269-2015*), welcher einen Bericht verlangte, erstellte. Dies war die erste Phase. Dieser Bericht lieber Grossrat Schilt, wurde dann dem Grossen Rat in der Sommersession dieses Jahres vorgelegt. Dieser wurde mit 148 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zur Kenntnis genommen. Es wurden zwei Planungserklärungen überwiesen zu den Themen «Digitale Transformation und Verwaltung», so die eine, und «Bei der Umsetzung der Direktionsreform sind die dezentralen Strukturen zu beachten», so lautete die andere. In derselben Session – noch einmal: im Sommer – wurden die nötigen Gesetzesanpassungen in einer Lesung genehmigt. Bei der Beratung des Gesetzes hatte die Regierung auch schon offengelegt, welches die Kostenfolgen sind.

Wir sind heute – wenn wir diesen Kredit so verabschieden – genau in der gleichen Grössenordnung, wie wir damals in der Sommersession informierten. Im geänderten Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Organisationsgesetz, OrG) wird festgehalten, dass der Grosse Rat – dies war ein Anliegen des Rates selbst – in einem Dekret die Aufgabenzuweisung an die Direktionen beschliesst. Dieser Dekretsbeschluss fällte das Parlament in der Herbstsession. Jetzt, bei der Umsetzung der Phase II, geht es darum, dass wir diese Überführung per 1. Januar des nächsten Jahres machen. Dies ist die Erklärung, warum ein Teil des Geldes, so wie wir im Sommer informierten, gebraucht wurde – damit wir die Wartezeit sozusagen oder die Zeit der Überführung möglichst kurz halten können, damit wir diesen Change Prozess möglichst schnell in der nötigen Qualität abwickeln konnten, sodass wir am 1. Januar so bereit sind, dass die Kundinnen/Kunden, die Mitbürgerinnen/-bürger dieses Kantons nicht merken, dass es eine solche Reform gab, wenn sie ab dem 1. Januar Leistungen beziehen. Wir sind auf Kurs. Wir befinden uns im Rahmen dessen, was wir in der Sommersession ausgewiesen haben. Ich bitte Sie, liebe Grossrätinnen und Grossräte, diesen Kredit heute so zu verabschieden.

Präsident. Wir kommen damit zur Abstimmung über dieses Kreditgeschäft, Traktandum 73. Wer den Antrag annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.VOL.38)

Vote (2019.VOL.38)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 120

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diesem Antrag einstimmig zugestimmt, mit 120 Ja-Stimmen.